

Abzockerlöhne im Gesamtmodell

Lesen Sie den folgenden Zeitungsartikel und beantworten Sie die unten stehenden Fragen.

«Bis zehn Millionen Franken regt sich sicher niemand auf»

Der künftige Reka-Präsident Peter Hasler über Abzockerlöhne und soziale Spannungen

Von Dominic Ramel (Text) und Bruno Schlatter (Foto)
(SonntagsZeitung, 15. April 2007)

Herr Hasler, machen Ihnen die wachsenden Einkommens- und Vermögensunterschiede Sorgen?

Ja, auch wenn sie noch nicht dramatisch sind. Dies verstärkt aber Spannungen in der Bevölkerung. Und solche Spannungen sind etwas vom Schlimmsten. Denn eine Gesellschaft definiert sich durch ihren inneren Zusammenhalt. Das Schlagwort hierfür ist Solidarität. Wer diese attackiert, gefährdet den Zusammenhalt der Bevölkerung.

Meinen Sie die Topmanager mit ihren Millionenlöhnen?

Neben der Ausländerfeindlichkeit gehört das auch dazu. Manager mit Millionensalären und goldenen Fallschirmen gefährden den sozialen Frieden. Sie tun das zwar nicht planmässig; es ist nicht ihr Ziel. Aber es ist eine Begleiterscheinung, die sie nicht bedenken.

Gehen die Managerlöhne die Öffentlichkeit überhaupt etwas an? Ist das nicht Sache dieser privat finanzierten Firmen?

Ja und nein. Die Autonomie der Unternehmen darf nicht angetastet werden. Die Verantwortlichen müssen selber entscheiden und verantworten können, wie viel sie ihren Kaderleuten bezahlen. Aber was die UBS Marcel Ospel oder Novartis Daniel Vasella bezahlt, wird in der Bevölkerung und in der Politik seit Jahren diskutiert. Das hat politische Vorstösse zur Folge. Und da muss man aufpassen.

Weshalb?

Politische Vorstösse neigen dazu, über das Ziel hinauszuschiessen. Dieses Hyperventilieren ist schlecht für die Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass den Firmen wegen ein paar wenigen, die bei den Löhnen gewaltig übertreiben, in die Geschäftsführung dreingeredet und der Atem abgewürgt wird. Deshalb müssen wir einen wachsenden Gegensatz zwischen Arm und Reich unbedingt vermeiden.



Was halten Sie von der Abzocker-Initiative von Trybol-Chef Thomas Minder?

Sie ist aus den genannten Gründen gefährlich. Sie trifft den Nerv der Bevölkerung. Deshalb muss sie von der Politik ernst genommen werden. Inhaltlich kann ich damit nichts anfangen. Es darf nicht sein, dass sich die Politik ins Handeln der Unternehmen einmischt. Die Verantwortlichen müssen das Problem von sich aus lösen.

Was sollen Vasella, Ospel und Co. tun?

Weshalb treffen sie kein Gentlemen's Agreement? Das Problem betrifft bloss ein gutes Dutzend Firmen. Die Herren sehen sich mehrmals jährlich. Sie könnten doch vereinbaren, die Löhne zum Beispiel auf 10 Millionen Franken pro Jahr zu beschränken. Oder sich zumindest darauf einigen, die Bezüge auf dem jetzigen Niveau einzufrieren. Die Höhe des Betrags ist nicht so wichtig. Es ginge um das Signal. Aber dass dieses ungebremste Wachstum der Toplöhne Jahr für Jahr einfach weitergeht, ist nicht akzeptabel.

Gibt es eine Grenze, die ein Lohn aus moralischen und gesellschaftspolitischen Gründen nicht überschreiten sollte?

Die Höchstgrenze ist diejenige, welche keine politische Unruhe provoziert. Das Gespür dafür sollten die Verantwortlichen endlich entwickeln.

Wo liegt die Grenze?

Ich will und kann keine Zahl nennen. Das hängt auch von der gesellschaftlichen Entwicklung und vom Erfolg der Firma ab. Ich bin aber überzeugt, dass sich in diesem Land bis zehn Millionen Franken sicher niemand aufregt.

Was halten Sie von der Idee, eine solche Obergrenze im Gesetz festzuschreiben?

Gar nichts. Da ist mir das Privateigentum zu wichtig. Letztlich müssen die Aktionäre und die Kunden dieser Firmen reagieren. Das Einzige, was die Politik machen kann, ist, die Aktionärsrechte zu stärken. Die Aktionäre müssen zum Thema Löhne etwas sagen können.

Roche-Chef Franz Humer will die Aktionäre konsultativ über die Managerlöhne abstimmen lassen.

Das finde ich sehr gut. Das ist erstens ein Vorschlag, den die Firma selber macht. Und zweitens

zeigt es, dass der Roche-Chef bereit ist, den Aktionären zuzuhören. Roche nimmt die Kritik endlich ernst.

Könnten die hohen Managerlöhne zu einem politischen Bumerang für die Wirtschaft werden?

Genau darin liegt das Problem. Wenn so etwas passiert, bezahlen die KMU den Preis dafür, nicht die Grosskonzerne. Wenn beispielsweise das angeordnete Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform zu Stande kommt, werden die Managerlöhne mit Sicherheit eine entscheidende Rolle spielen. Die Gegner werden plakativ mit Slogans kommen wie: «Steuergeschenke für Abzocker». Da lässt sich nur schwer dagegen argumentieren. Dabei würden vor allem die KMU von dieser Reform profitieren, nicht die Grosskonzerne. Deshalb haben die börsenkotierten Firmen eine grosse politische und gesellschaftliche Verantwortung, derer sie sich offenbar nicht immer bewusst sind.

- a) Wie lassen sich hohe Managerlöhne von mehreren Millionen Franken begründen?
- b) Sollte man Ihrer Meinung durch ein Gesetz eine Obergrenze für Managerlöhne festlegen? Was spricht dafür, was spricht dagegen?
- c) Peter Hasler äussert sich im Zeitungsinterview zu einer solchen gesetzlichen Obergrenze. Erläutern Sie seine Antwort mit Hilfe des Gesamtmodells Wirtschaft und Recht.